

Synopse

Registergesetz

Entwurf Regierungsrat, 15. November 2016	Entwurf PK, 13. März 2017
Registergesetz	
<p><i>Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden,</i></p> <p>gestützt auf Art. 74 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh. vom 30. April 1995¹⁾,</p> <p><i>beschliesst:</i></p>	
I.	
<i>I. Allgemeine Bestimmungen (1.)</i>	
<p>Art. 1 Gegenstand</p> <p>¹ Dieses Gesetz dient dem Vollzug des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister vom 23. Juni 2006²⁾. Es regelt insbesondere die Führung der Einwohnerregister sowie das Meldewesen und bezweckt eine Vereinfachung des Datenaustauschs.</p> <p>² Das Gesetz bildet zudem Grundlage für ein kantonales Objektregister.</p>	
<p>Art. 2 Koordinationsstelle</p> <p>¹ Der Regierungsrat bestimmt eine kantonale Stelle, die im Sinne von Art. 9 RHG für die Koordination, Durchführung und Qualitätskontrolle der Registerharmonisierung zuständig ist.</p>	

¹⁾ KV (bGS [111.1](#))

²⁾ Registerharmonisierungsgesetz, RHG (SR [431.02](#))

Entwurf Regierungsrat, 15. November 2016	Entwurf PK, 13. März 2017
<p>Art. 3 Hauptwohnsitz (Niederlassungsgemeinde)¹⁾</p> <p>¹ Hauptwohnsitz im Sinne dieses Gesetzes hat eine Person in der Gemeinde, in der sie sich mit der Absicht dauernden Verbleibens aufhält und für Dritte erkennbar den Mittelpunkt ihres Lebens begründet.</p> <p>² Eine Person kann nur einen Hauptwohnsitz haben.</p>	<p>Art. 3 Hauptwohnsitz (Überschrift geändert)</p>
<p>Art. 4 Nebenwohnsitz (Aufenthaltsgemeinde)²⁾</p> <p>¹ Nebenwohnsitz im Sinne dieses Gesetzes hat eine Person in der Gemeinde, in der sie sich, ohne die Absicht dauernden Verbleibens, zu einem bestimmten Zweck für mindestens drei aufeinanderfolgende Monate oder drei Monate innerhalb eines Jahres aufhält.</p>	<p>Art. 4 Nebenwohnsitz (Überschrift geändert)</p>
<p><i>II. Meldewesen (2.)</i></p>	
<p>Art. 5 Persönliche Meldepflicht</p> <p>¹ Persönlich meldepflichtig ist:</p> <p>a. wer in einer Gemeinde Haupt- oder Nebenwohnsitz nimmt oder aufgibt;</p> <p>b. wer innerhalb einer Gemeinde oder eines Gebäudes umzieht.</p> <p>² Wer meldepflichtig ist, hat sich innert 14 Tagen bei der Gemeinde zu melden. Die Gemeinde stellt die elektronische Meldung und Identitätsprüfung sicher.</p> <p>³ Die meldepflichtige Person hat wahrheitsgetreu Auskunft über die im Einwohnerregister zu erfassenden Daten zu geben und diese auf Verlangen zu belegen. Die Gemeinde kann die Hinterlegung eines Heimatscheins oder eines gleichwertigen Dokuments verlangen.</p>	

¹⁾ Art. 3 lit. b RHG (SR [431.02](#))

²⁾ Art. 3 lit. c RHG (SR [431.02](#))

Entwurf Regierungsrat, 15. November 2016	Entwurf PK, 13. März 2017
<p>⁴ Vorbehalten bleiben die besonderen Vorschriften für Ausländerinnen und Ausländer.</p>	
<p>Art. 6 Auskunftspflicht Dritter</p> <p>¹ Kommt eine Person ihrer Melde- oder Auskunftspflicht nicht nach, kann die Gemeinde Auskünfte bei Arbeitgebern, Vermietern, Liegenschaftenverwaltungen und Logisgebern einholen.</p> <p>² Die Auskünfte sind unentgeltlich zu erteilen.</p>	
<p>Art. 7 Ermittlung des Wohnungsidentifikators</p> <p>¹ Industrielle Werke und andere registerführende Stellen haben die Daten, die zur Bestimmung und Nachführung des eidgenössischen Wohnungsidentifikators einer meldepflichtigen Person erforderlich sind, unentgeltlich den für die Einwohnerregister zuständigen Stellen zur Verfügung zu stellen.</p>	
<p><i>III. Registerführung (3.)</i></p>	<p>Titel nach Art. 7 (geändert) <i>III. Registerführung (Gemeinde) (3.)</i></p>
<p>Art. 8 Grundsatz</p> <p>¹ Jede Gemeinde führt ein Einwohnerregister. Darin werden alle Personen eingetragen, die in der Gemeinde Haupt- oder Nebenwohnsitz haben.</p> <p>² Das Einwohnerregister wird elektronisch geführt.</p> <p>³ Die Gemeinde trägt die Kosten für die Erhebung, Erfassung und Nachführung der Daten.</p>	
<p>Art. 9 Registerführende Stelle</p> <p>¹ Der Gemeinderat bezeichnet die registerführende Stelle. Diese hat insbesondere folgende Aufgaben:</p>	

Entwurf Regierungsrat, 15. November 2016	Entwurf PK, 13. März 2017
<p>a. Führung des Einwohnerregisters und Datenaustausch bei Weg- und Zuzügen nach den Vorgaben des Bundes;</p> <p>b. Entgegennahme von An- und Abmeldungen;</p> <p>c. Ausstellung von Wohnsitzbescheinigungen auf Verlangen;</p> <p>d. Lieferung von Daten an das Bundesamt für Statistik nach den Vorgaben des Bundes.</p>	
<p>Art. 10 Registerinhalt</p> <p>¹ Das Einwohnerregister umfasst die Daten zu den Identifikatoren und Merkmalen nach Art. 6 RHG.</p> <p>² Die Gemeinden können im Einwohnerregister weitere Identifikatoren und Merkmale erfassen, die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben notwendig sind.</p>	<p>Art. 10 Abs. 2 (geändert)</p> <p>² Der Regierungsrat kann nach Anhörung des kantonalen Datenschutz-Kontrollorgans zusätzliche im Einwohnerregister zu führende Merkmale festlegen, die zur Erfüllung von gesetzlichen kantonalen oder kommunalen Aufgaben notwendig sind.</p>
	<p>Art. 10a (neu) Zugriff</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt nach Anhörung der Gemeinden und des kantonalen Datenschutz-Kontrollorgans die Zugriffsberechtigung der kommunalen Amtsstellen fest.</p> <p>² Die Zugriffsberechtigung beschränkt sich auf die Daten, die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendig sind. Der Zugriff auf die AHV-Versichertennummer wird nur gewährt, wenn die Amtsstelle durch Gesetz zur systematischen Verwendung der AHV-Versichertennummer ermächtigt ist.</p> <p>³ Die Bekanntgabe von Einwohnerdaten an Dritte richtet sich nach dem kantonalen Datenschutzgesetz¹⁾.</p>

¹⁾ Art. 8 ff. Datenschutzgesetz (bGS [146.1](#))

Entwurf Regierungsrat, 15. November 2016	Entwurf PK, 13. März 2017
<p>Art. 11 Stimmregister</p> <p>¹ Das Einwohnerregister dient als Grundlage für das Stimmregister.</p> <p>² Für die Ausübung der politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer besteht in jeder Gemeinde ein separates Stimmregister, das kantonsweit harmonisiert ist und elektronisch geführt wird. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.</p>	
	<p>Titel nach Art. 11 (neu) <i>IIIa. Kantonale Einwohnerdatenplattform (3a.)</i></p>
<p>Art. 12 Kantonale Einwohnerdatenplattform</p> <p>¹ Der Kanton betreibt eine Einwohnerdatenplattform als Replikat der Einwohnerregister der Gemeinden. Sie umfasst die Daten zu den Identifikatoren und Merkmalen nach Art. 6 RHG.</p> <p>² Die Einwohnerdatenplattform dient dem Datenaustausch zwischen den Einwohnerregistern der Gemeinden, der Aufgabenerfüllung des Kantons und der Datenlieferung an den Bund.</p> <p>³ Der Regierungsrat legt nach Anhörung des kantonalen Datenschutz-Kontrollorgans die Zugriffsberechtigung der kantonalen Amtsstellen fest.</p> <p>⁴ Die Zugriffsberechtigung beschränkt sich auf die Daten, die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendig sind. Der Zugriff auf die AHV-Versichertennummer wird nur gewährt, wenn die Amtsstelle durch Gesetz zur systematischen Verwendung der AHV-Versichertennummer ermächtigt ist.</p>	<p>Art. 12 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 5 (neu) (Überschrift geändert)</p> <p>¹ Der Kanton betreibt eine Einwohnerdatenplattform als Replikat der Einwohnerregister der Gemeinden. Sie umfasst die Daten zu den Identifikatoren und Merkmalen nach Art. 10 Abs. 1 und 2.</p> <p>³ Der Regierungsrat bestimmt nach Anhörung des kantonalen Datenschutz-Kontrollorgans die Zugriffsberechtigung der kantonalen Amtsstellen und der kommunalen Amtsstellen für die Daten, die ihr Gebiet betreffen.</p> <p>⁵ Der Kanton trägt die Kosten des Betriebs der Einwohnerdatenplattform.</p>

Entwurf Regierungsrat, 15. November 2016	Entwurf PK, 13. März 2017
<i>IV. Kantonales Objektregister (4.)</i>	
<p>Art. 13 Registerzweck und Gegenstand</p> <p>¹ Der Kanton betreibt zur Erfüllung der Aufgaben von Kanton und Gemeinden sowie zu statistischen Zwecken ein kantonales Objektregister. Der Regierungsrat bestimmt die registerführende Stelle.</p> <p>² Das Objektregister wird als Replikat des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters geführt. Der Regierungsrat kann weitere im Objektregister zu führende Objekte und Merkmale festlegen.</p>	<p>Art. 13 Abs. 3 (neu)</p> <p>³ Der Kanton trägt die Kosten des Aufbaus und Betriebs des Objektregisters.</p>
<p>Art. 14 Datenlieferung</p> <p>¹ Kanton und Gemeinden sowie die selbständigen Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts stellen die für das Objektregister erforderlichen Daten unentgeltlich zur Verfügung.</p> <p>² Die Datenübermittlung erfolgt in elektronischer Form und geschützt vor Fremdzugriffen.</p> <p>³ Mutationen sind der registerführenden Stelle möglichst umgehend zu melden.</p>	
<p>Art. 15 Zugriffsberechtigung</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt nach Anhörung des kantonalen Datenschutz-Kontrollorgans die Zugriffsberechtigung der einzelnen Amtsstellen fest.</p> <p>² Die Zugriffsberechtigung beschränkt sich auf die Daten, die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendig sind.</p>	<p>Art. 15 Abs. 1 (geändert)</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt nach Anhörung der Gemeinden und des kantonalen Datenschutz-Kontrollorgans die Zugriffsberechtigung der kommunalen und kantonalen Amtsstellen fest.</p>

Entwurf Regierungsrat, 15. November 2016	Entwurf PK, 13. März 2017
<i>V. Schluss- und Übergangsbestimmungen (5.)</i>	
<p>Art. 16 Datenschutz und Archivierung</p> <p>¹ Soweit keine besonderen Bestimmungen bestehen, sind die Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über den Datenschutz anwendbar.</p> <p>² Die Daten in den Einwohnerregistern und im kantonalen Objektregister werden zeitlich unbegrenzt archiviert.</p>	
<p>Art. 17 Strafbestimmung</p> <p>¹ Wer der Melde- und Auskunftspflicht nach Art. 5 und 6 trotz Mahnung vorsätzlich oder fahrlässig nicht nachkommt, wird mit Busse bis zu 1'000 Franken bestraft.</p>	
<p>Art. 18 Übergangsbestimmung betreffend elektronische Meldung und Identitätsprüfung</p> <p>¹ Die elektronische Meldung und Identitätsprüfung sind spätestens innert zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu gewährleisten.</p>	
II.	
<p>1. Der Erlass bGS 151.11 (Gemeindegesezt), Stand 1. Januar 2014, wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Titel nach Art. 39 <i>(aufgehoben)</i> (7.)</p>	
<p>Art. 40 Aufgehoben.</p>	

Entwurf Regierungsrat, 15. November 2016	Entwurf PK, 13. März 2017
<p>2. Der Erlass bGS 411.0 (Gesetz über Schule und Bildung; Schulgesetz), Stand 1. Januar 2016, wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Titel nach Art. 54 (neu) <i>XIa. Systematische Verwendung der AHV-Versichertennummer (11a.)</i></p>	
<p>Art. 54a (neu)</p> <p>¹ In Ergänzung der bundesrechtlichen Ermächtigungen kann die AHV-Versichertennummer für folgende Aufgaben systematisch verwendet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Führen der Bildungsstatistiken; b) Genehmigung der Anstellung und der Einstufung der Lehrpersonen; c) Führen und Nutzung des Schuladministrationssystems; d) Führen der Personendaten der Sonder- und Privatschulen. 	
<p>3. Der Erlass bGS 750.1 (Energiegesetz; kEnG), Stand 1. Januar 2015, wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 8a (neu) Systematische Verwendung des eidgenössischen Gebäudeidentifikators</p> <p>¹ Der Regierungsrat kann Stellen und Institutionen, die mit dem Vollzug von kantonalem Recht betraut sind, ermächtigen, den eidgenössischen Gebäudeidentifikator (EGID) zum Vollzug gesetzlicher Aufgaben systematisch zu verwenden.</p> <p>² Die systematische Verwendung ist an den Zweck der zu erfüllenden Aufgaben gebunden.</p>	

Entwurf Regierungsrat, 15. November 2016	Entwurf PK, 13. März 2017
<p>4. Der Erlass bGS 811.1 (Gesundheitsgesetz), Stand 1. Januar 2015, wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Titel nach Art. 66b (neu) <i>XVb. Systematische Verwendung der AHV-Versichertennummer (15b)</i></p>	
<p>Art. 66c (neu)</p> <p>¹ In Ergänzung der bundesrechtlichen Ermächtigungen kann die AHV-Versicherternummer für folgende Aufgaben systematisch verwendet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Prüfung der Kostengutsprachen und Spitalrechnungen; 2. den Vollzug der Bestimmungen des Schutzes der Bevölkerung bei übertragbaren Krankheiten; 3. für Berufsausübungsbewilligungen von Gesundheitsfachpersonen. 	
<p>III.</p>	
<p>1. Der Erlass bGS 122.12 (Verordnung über die Niederlassung und den Aufenthalt von Schweizern) wird aufgehoben.</p>	
<p>2. Der Erlass bGS 122.121 (Vorläufige Verordnung über die Einwohnerregister) wird aufgehoben.</p>	
<p>3. Der Erlass bGS 131.15 (Vorläufige Verordnung über die Stimmregister für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer) wird aufgehoben.</p>	
<p>IV.</p> <p>Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum. Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.</p>	